

**„Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“**  
Land- und Forstwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben

Graz – Sölsnitz/Kindberg, 3. Juli 2026

## An die Vollversammlung der LK Steiermark

z.H. Herrn Präsident Andreas STEINEGGER  
Herrn Kammerdirektor DI Werner BRUGNER

Hamerlinggasse 3  
8010 Graz

## UBV Steiermark Anträge zur 319. Vollversammlung der LK Steiermark am 3. Juli 2026

Geschätzte Vollversammlung! Geschätzte Berufskollegen!

Der UBV Steiermark bringt am 3. Juli 2026 zur 119. Vollversammlung der LK Steiermark **7 Anträge** ein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind für die Land- und Forstwirte unverändert schlecht. Egal welche Sparte – sprich Tierhaltung oder Pflanzenbau, es gibt viele – und zu oft leider hausgemachte – Probleme, welche die Bauern ökonomisch zum Verzweifeln bringen.

In Österreich waren es 1986 noch rund 280.000 Betriebe. Heute sind wir unter 100.000. Unter dem Eindruck dieser geopolitischen Entwicklungen finden sich nachstehend unsere Anträge zur 119. LK Steiermark Vollversammlung:

### **UBV-Antrag 1: Es brauchte eine GAP für die Alpenregionen – eine zweite GAP.**

Die Landwirtschaft Europas, jedenfalls die in den Bergregionen wird mit den aktuellen Vorgaben wie Maßnahmen in ihren Existenzen demoliert. Die praktisch ausschließlich auf „den liberalen Markt“ ausgerichtete EU-Agrarpolitik lässt durch falsche, fehlende Spielregeln den Bauern in Europa bzw. in der EU keine ökonomische Luft. Die bis jetzt durchgesickerten Pläne für die nächste GAP-Periode lassen den bisherigen Kahlschlag bei den Betriebsstrukturen wie ein harmloses Lüfterl aussehen.

Aus Sicht des UBV überlebt der Großteil der Bauern die nächste Reform oder Neuausrichtung der EU-GAP wirtschaftlich nicht mehr. Aus der Sicht des UBV braucht es daher eine glasklare Strategie dagegen und keine lauwarmen Ausreden dafür, wie die Zukunft der Bauern in Österreich/Europa aussehen soll. Was ist der Plan, wie sollen zukünftig regionale Lebensmittel gesichert, hergestellt werden? Welche konkrete Rolle werden die Bauern haben?

Der UBV hat für eine alternative, zweite Schiene – wenn man so will - eine „**Alpen-GAP**“ einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, der den kleinen und mittleren Strukturen auf den Bauernhöfen eine Zukunft geben. Fährt der Zug wie bisher einseitig ohne Abänderung weiter, gibt es die bäuerlichen Strukturen mit Familienbetrieben nicht mehr. Nachdem viele Existenzen daran hängen, muss es seitens der (Agrar) Politik eine Alternative geben. Damit wir Zukunft haben.

## **UBV-Antrag 1 konkret:**

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich auf, eine konkrete Agrarstrategie für Österreich umgehend zu entwickeln. Es braucht eine konkrete Agrarstrategie, welchen Weg die österreichische Landwirtschaft gehen wird. Ziel muss es sein, eine 100%ige Versorgungssicherheit von heimischen Lebensmitteln für die österreichische Bevölkerung sicher zu stellen, sowie eine Planungssicherheit der heimischen Landwirte zu ermöglichen.

Am Ende muss es das Ziel sein, dass es für die Berg- und Alpenregionen und damit für alle benachteiligten Gebiete eine neue, alternative **ALPEN GAP 2** geben muss. Damit die Bauern einen Platz haben und ökonomische Perspektiven haben.

2

## **UBV-Antrag 2: Landwirtschaftsstrategie Österreich - Vorbild Industriestrategie**

Wie oft schon festgehalten, steckt die heimische Landwirtschaft in großen Schwierigkeiten. Neben dem generellen großen Plan für die Zukunft braucht es daher auch eine kurzfristige Lösung, die sehr rasch die wichtigsten Probleme der Landwirtschaft lindert bzw. löst. Daher sollte es nach dem Vorbild der Industriestrategie auch unmittelbar eine Landwirtschaftsstrategie geben.

In diesem Zusammenhang sollte es unmittelbar Geld für Investitionen geben, um der Landwirtschaft neue ökonomische Spielräume zu ermöglichen. Die Handelsverträge wie MERCOSUR und mit der UKRAINE schafften innerhalb weniger Wochen für die Bauern und die heimische Produktion von Lebensmitteln nicht akzeptable Wettbewerbsverzerrungen. Dieser Entwicklung muss dringendst entgegengewirkt werden. Es braucht daher dringend und sofort eine Landwirtschaftsstrategie.

## **UBV-Antrag 2 konkret:**

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich auf, sofort einen Plan für eine Landwirtschaftsstrategie Österreich auszuarbeiten, der in wenigen Wochen am Tisch liegt und den Bereichen Tierhaltung und Ackerbau eine unmittelbare Erleichterung bei den ökonomischen Fragen anbietet.

Das können Investitionshilfen mit zinsfreien Krediten sein oder ein konkretes Importverbot von Lebensmitteln, die nicht jene Vorgaben in der Produktion haben, wie wir hier. Also z.B. Importverbot von Gen-technisch veränderte Lebensmittel usw.

## **UBV-Antrag 3: Agrardiesel & Agrarstrom für die Landwirtschaft**

Die Energiekosten sind ein zentraler Pfeiler, wo wir derzeit enorme Nachteile im Wettbewerb erleben. Der aktuell verabschiedete „Agrardiesel“ wird zwar als Erfolg verkauft, in Wahrheit sind es aber reine Almosen. Die Bauernvertreter vom Bauernbund feiern den Agrardiesel als Meilenstein für mehr Chancen im EU-Wettbewerb. Selten wurden Bauern von der eigenen Vertretung mehr verladen wie mit dem Thema Agrardiesel und die angeblich positiven Auswirkungen am Markt für die Bauern. Man knöpft den Bauern zuerst rund 700 Mio. an Steuern ab, um dann 100 Mio. Euro zurückzugeben. Dass der Bauernbund den Agrardiesel einst abgeschafft hat, fällt zudem nobel unter den Tisch.

Aus der Sicht des UBV ist die Mineralölsteuer für die Land- und Forstwirtschaft oder für z.B. die unzähligen Baumaschinen zu mindestens 2/3 ersatzlos zu streichen. Wie auch die sogenannte CO<sup>2</sup> Abgabe. Nur dann kann man von einer substanziellen Entlastung für die Bauern reden.

Die Bauern zahlen derzeit, je nach Annahme des Dieserverbrauchs in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr, 328 bis 437 Mio. an Steuern am Beispiel Diesel. Das sind in 2 Jahren dann zwischen 650 und 870 Mio. Steuern. Der nun ausverhandelte Agrardiesel Rückvergütung beträgt 100 Mio. Euro.

Dieselverbrauch durch Landwirtschaft in Österreich und die damit verbundenen Steuerleistung							
	Anzahl Betriebe	Dieselbedarf je Betrieb & Jahr in Liter	Dieselmenge im Jahr Österreich	Dieselpreis brutto - Basis 29042026	Kosten für Diesel im Jahr	Steueranteil Diesel	Steuerleistung im Jahr
Annahme 1	100 000	3 000		2,1		52%	
Summen			300 000 000		585 000 000		327 600 000
Annahme 2	100 000	4 000		2,1		52%	
Summen			400 000 000		780 000 000		436 800 000

3

Wie sehr man die Bauern öffentlich durch die eigene Vertretung eigentlich für dumm erklärt und ihnen damit unterstellt, sie würden nicht den Unterschied zwischen Äpfeln und Birnen kennen, sieht man bei genauer Betrachtung der Beispiele

- Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung um 7,3%
- Agrardiesel (geplant 7% vom Preis als Rückerstattung)

### Effekte und Konsequenzen des Ergebnisses beim Agrardiesel für die Bauern in der Praxis

Es gibt eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, die per Gesetz erfolgt. Es ist einmalig, dass man bei sinkenden Einkommen mehr Steuern zahlt. Vom Bauernbund erfunden wie beschlossen. Legt man die geplante Agrardiesel Rückvergütung neben die Erhöhung der SVS-Beiträge, dann muss man festhalten, man lässt die Bauern bewusst ökonomisch an die Wand laufen.

Die Ersparnis beim Agrardiesel bei 2.000 Liter Verbrauch im Jahr von 280 Euro bedeutet, man kann sich 3 Paar Gummi Stiefel oder 6 Garnituren Zitzenbecher kaufen. So viel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Bauern im EU-Wahnsinn mit UKRAINE und MERCOSUR Verträgen.

So stehen die angeblichen Gewinner beim neuen Sparpaket, die Bauern da. Man frotzelt täglich den Bauernstand aufs Neue. Wenn es in dieser Tonart weitergeht, wenn man zudem - die unzähligen, unsinnigen wie untauglichen Vorschläge aus Brüssel - die Landwirtschaft betreffend - weiter durchgehen lässt und in der GAP die einzige Lösung sieht, dann ist man nicht nur auf dem Holzweg. Das ist die bewusste Zerstörung der Existenzen auf den heimischen Bauernhöfen.

### Erhöhung der SVS-Beiträge – was bedeutet das für den Bauern?

- ✓ **Annahme: SVS-Beiträge im Jahr 12.000 Euro**  
Erhöhung um 7,3% = **+ 876 Euro im Jahr Mehraufwand** **ist neu: 12.876 Euro**
- ✓ **Annahme: SVS-Beiträge im Jahr 15.000 Euro:**  
Erhöhung um 7,3% = **+ 1.095 Euro im Jahr Mehraufwand** **ist neu: 16.095 Euro**
- ✓ **Annahme: SVS-Beiträge im Jahr 20.000 Euro**  
Erhöhung um 7,3% = **+ 1.460 Euro im Jahr Mehraufwand** **ist neu: 21.460 Euro**

## Agrardiesel – was bedeutet das für den Bauern?

Es ist davon auszugehen, dass die „Agrardiesel Rückvergütung“ 7% betragen soll.

### Annahme: Dieserverbrauch 2.000 Liter im Jahr:

2.000 Liter Diesel x 2 Euro (gemittelter Preis 03.05.2026)	=	4.000 Euro Kosten
Minus 7% (Agrardiesel)	=	<b>280 Euro Ersparnis</b>
Minus 20 % (Agrardiesel und Streichung CO <sup>2</sup> Abgabe)	=	<b>800 Euro Ersparnis</b>

### Annahme: Dieserverbrauch 4.000 Liter im Jahr:

4.000 Liter Diesel x 2 Euro (gemittelter Preis 03.05.2026)	=	8.000 Euro Kosten
Minus 7%	=	<b>560 Euro Ersparnis</b>
Minus 20 % (Agrardiesel und Streichung CO <sup>2</sup> Abgabe)	=	<b>1.600 Euro Ersparnis</b>

4

### UBV-Antrag 3 konkret:

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich auf, für die Bauern – österreichweit - einen **Agrarstrom Tarif** sowie echte **Agrarspritpreise - Tarife** für die Produktion auf Wiese, Forst und Feld bereitzustellen.

Die österreichische Landwirtschaft muss in Fragen zum Wettbewerb gleich intensiv unterstützt werden, wie die heimische Industrie! Ein zeitgemäßes Agrarstrompreis Modell sowie echte Agrarspritpreis Tarife sind dazu ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung.

„Die Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandortes Österreich sind in Ordnung. Aber: Wir fordern die gleiche Stärkung des Agrarstandortes hier bei uns. Es kann aber nicht sein und geht nicht an, dass man bei jeder wirtschaftspolitischen Entscheidung so tut, als sei die Land- und Forstwirtschaft ein unbedeutender Sektor in Österreich.“

### Rund 330.000 Jobs im Agrarsektor

Der landwirtschaftliche Sektor beschäftigt rund 300.000 Menschen. Nimmt man die Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie hinzu – was logisch wäre, denn diese verarbeiten Lebensmittel aus der österreichischen Produktion, dann sind es rund 330.000 Beschäftigten im Sektor Landwirtschaft und Lebensmittel Erzeugung. Der Industriesektor kommt ohne die Beschäftigten im Lebensmittelbereich auf rund 420.000 Arbeitnehmer.

Weiters muss man betonen, dass der Freizeit- und Tourismussektor ohne die Leistungen der Landwirtschaft in der bekannten Art und Weise nicht funktionieren würde. Wir gehen davon aus, dass zumindest 1/3 des Bruttosozialproduktes der Freizeit- und Tourismuswirtschaft nur deshalb möglich sind, weil die Bauern – die Landwirtschaft mit ihrer Arbeit eine intakte Kulturlandschaft als Fundament schaffen.

### UBV-Antrag 4: Kosten Rückerstattung zur Mehrwertsteuer Senkung bei Lebensmittel

Die Maßnahmen zur Reduzierung der Mehrwertsteuer bei Lebensmittel ist ein Schildbürgerstreich. Weil in den letzten Jahren es de facto bei allen Branchen eine volle Inflationsabdeckung gab. Bis auf die Landwirtschaft. Die aktuelle Maßnahme betrifft auch viele Bauern, Direktvermarkter usw., die für die notwendigen Änderungen wie Korrekturen bei der Registrierkasse einen hohen Aufwand hatten. Die dabei entstandenen Kosten können nicht am Rücken der Bauern liegen bleiben, sondern müssen vom Staat, der uns diese Situation eingebrockt hat, abgegolten werden.

## **UBV-Antrag 4 konkret:**

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich auf, dafür zeitnah die Übernahme aller Kosten für die Adaptierung von Registrierkassen usw. sicherzustellen. Die Mehrwertsteuer Regelung startet mit 1. Juli. Die Kostenübernahme sollte daher innerhalb der nächsten 3 Monate erledigt sein. Außerdem sollten allfällige Umstellungsprobleme für die Bauern keine Kosten verursachen. Auch dafür muss der Staat aufkommen.

## **UBV-Antrag 5: Wassernutzungsrecht für die Erzeugung von Lebensmittel**

Seit Jahren fordert der UBV einen echten Wasserwirtschaftsplan für die Wassernutzung mit echtem Nutzungsrecht für die Landwirtschaft. Seit Jahren tut der zuständige Landesrat für die Wasserwirtschaft in der Steiermark genau das Gegenteil. Anstatt die Interessen der Bauern zu vertreten, gibt man sich gerne generös gegenüber jenen, die ohne Rücksicht Brunnen für die „Wasserwirtschaft“ bauen. Wenn es Probleme mit der Wasserentnahme gibt, sind es dann die Bauern.

Hunderte Hausbrunnen wurden mit Zwangsmaßnahmen geschlossen. Eine Wasser-Schongebietsverordnung machte teilweise den Ackerbau von Graz bis Radkersburg sowie die Tierhaltung unmöglich. Bzw. wurden Vorgaben erlassen, die in der Praxis kaum umsetzbar sind und ökonomisch die Landwirtschaft an den Rand des Ruins treibt. Das Motto: Alle Rechte für die "Wasser Pumper", keine Rechte für die Bauern, wenn es für die Nutzung von Wasser geht, muss sich ändern.

## **UBV-Antrag 5 konkret:**

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich und die steirische Landesregierung auf, per Gesetz die Wassernutzung für die Landwirtschaft zur Erzeugung von regionalen, heimischen Lebensmitteln zu sichern bzw. für die Zukunft zu gewährleisten.

## **UBV-Antrag 6: Förderung von Wasserzisternen & Nutzung von Hochwasserbauten**

Die Herausforderungen durch ein sich änderndes Klima sind sichtbar und spürbar. Für eine Abfederung sollte es dazu die Möglichkeit geben, wieder neue Wasser-Zisternen zu graben. Weiters sollte die immer häufiger werdenden Hochwasserbauten nicht nur als Schutzwall dienen, die viel gekostet haben und in der Regel dann gebaut werden, nachdem man in kein taugliches Bauland gebaut hat. Alles auf Kosten der Allgemeinheit.

Für eine mögliche Absicherung beim Trinkwasser wäre der Neubau von Zisternen einfach, günstig und ermöglicht Unabhängigkeit der einzelnen betroffenen. Es könnte ja z.B. eine öffentliche „Ringleitung“ zerstört sein und was passiert dann?

Und zum Stichwort Hochwasserschutz: Dieser sollte generell so gestaltet sein, dass man solche Bauten als Wasserreserven z.B. für die Bewässerung nutzt, indem diese Becken mit Wasser gefüllt sind. Damit würde man zwei Nutzen auf einen Schlag erzielen und die hohen Kosten für Hochwasserbauten sind eher gerechtfertigt.

## **UBV-Antrag 6 konkret:**

Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich und die steirische Landesregierung auf, den Bau von privaten Wasserzisternen zu fördern. Gleichzeitig sollen die zuständigen Gremien die echte Doppelnutz von Hochwasserschutzbauten sicherstellen. Damit hat man einerseits einen Hochwasserschutz und andererseits Wasser für Bewässerungen zur Verfügung.

## UBV-Antrag 7: Abschaffung der doppelten Krankenversicherung für Nebenerwerb

Die gesetzliche Vorgabe erfordert derzeit, dass man als Nebenerwerbslandwirt doppelt Krankenversicherungsbeiträge leisten muss, obwohl man nur einmal erkranken kann. Dies ist ein großes Unrecht gegenüber den Nebenerwerbsbauern, da sie im Zuge ihres Dienstverhältnisses volle Beiträge in die Sozialversicherung einzahlen. Es ist nicht verständlich und akzeptabel, dass Nebenerwerbs Landwirte dann für die Landwirtschaft noch einmal Krankenversicherungsbeiträge zu leisten haben.

### **UBV-Antrag 7 konkret:**

*Die Vollversammlung der LK Steiermark fordert die Bundesregierung, das Agrarministerium und die LK Österreich und die steirische Landesregierung auf, dieses Unrecht per Gesetz umgehend abzuschaffen. Auch Nebenerwerbslandwirte können nur einmal krank sein.*

6

**Es ist keine Zeit mehr für „Wir beobachten die Entwicklungen“!  
Wir brauchen sofortiges, entschlossenes Handeln mit konkreten Maßnahmen!**

### **Gezeichnet für den UBV STEIERMARK**

- LKR Rudi **GUTJAHR**
- LKR Mag. Gerhard **MARIACHER**
- LKR Florian **TAUCHER**

**„Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“**  
Land- und Forstwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben